

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1831

23.11.1831 (Nr. 325)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 325. Mittwoch, den 23. November 1831.

Baden.

† 139. öffentl. Sitzung der 2. Kammer am 21. Nov.
(Schluß.)

Die übergebenen Petitionen, welche wir im gestrigen Blatte vorläufig angezeigt, sind folgende: a. Des Christ. Frey zu Barten, Zuthellung zur Gemeinde Altmthal betr. b. Dankadresse vieler Bürger von Unterschöffleng, allgemeinen Inhalts, darunter Pressfreiheit. c. Derehemals Schwarzacher Amtsgemeinden, Kontributionsbeitrag betr. d. Der Gemeinde Fizen, vollkommene Pressfreiheit betr. e. Des Direktors der medizinischen Klinik in Heidelberg, Verwilligung eines Staatsbeitrags zu dieser Anstalt betr. f. Des pensionirten Amtmanns Kenzinger, einen Landstands-katechismus betr. — Diese Petitionen gehen an die Bittschriftenkommission.

Wir haben gestern schon berichtet, daß das vom Finanzminister in die Kammer gebrachte Gesetz wegen Aufhebung des Schlachtsteuers von Schweinen (die Kammer hatte ein Gesetz, wodurch der Uebers von den zum Hausgebrauch geschlachteten Thieren abgeschafft wird, verlangt) mit Verfall aufgenommen worden. Mit Beziehung auf den vom Präsidenten in Erinnerung gebrachten §. 23 der Geschäftsordnung ergreift nun Abg. Winter v. H. das Wort, und spricht, da das Bravorufen untersagt sei, seine Freude in andern Worten aus, unter dem Anfügen, daß solches Entgegenkommen der Regierung beim Volke guten Eindruck machen werde. — Abg. Fecht schließt sich dieser Aeußerung an, und bemerkt dabei: Wäre es nicht verboten, so hätte er gerne „Bravo“ gerufen, daß es am Speßart und Schwarzwald wieder gehalten; er fragt sodann den Präsidenten, ob nicht durch die Finger gesehen werde, wenn von der Regierung jeweils recht liberale Gesetze, z. B. ein Pressgesetz, wie man es wünsche, vorgelegt würden (Gelächter). — Präsident (lächelnd): „Ich glaube, daß der verlesene §. darauf keine Anwendung erleidet.“ (Es schien uns, daß die ganze Kammer mit dieser loyalen Interpretation zufrieden war.)

Die Tagesordnung ruft den Abg. Vater zur Erstattung des Kommissionsberichts über die Militärdienerverpragmatik; auf dessen Antrag wird, zur Zeitersparung mit Umgehung der Verlesung, Druck und Vertheilung beschlossen, sofort auf der Kammer ausdrückliches Begehren zum Vortrag der Fortsetzung des Berichts des Abg. v. Ifflein über das Ausgabenbudget in Betreff des Kultus geschritten. — Druck und Vertheilung.

Der Tagesordnung gemäß berichtet sodann Abg. Mittermaier über die Beschlüsse der 1. Kammer, betreffend

die §§. 59 und 62 der Gemeindeordnung. Der Antrag geht theils auf Zustimmung, theils auf Verwerfung. Der Berichtserstatter will Berathung in abgekürzter Form, was aber, da der betreffende Regierungskommissär nicht anwesend ist, nicht geschehen kann.

Der Reihe nach soll der Kommissionsbericht, die Uebernahme mehrerer Landschaftsschulden betr., erstattet werden. Auf des Berichtserstatters, Abg. Regenauer, Antrag wird, statt Verlesung, sofortiger Druck und Vertheilung beschlossen.

Es wird jetzt die Diskussion eröffnet über den namens der Kommission für die Berathung der Motion des Abg. Wegel II., Vesserstellung der Schullehrer betr., welcher auch der Bericht der Petitionskommission über mehrere Petitionen, Verbesserungen der Schullehrerbesoldungen und des Volksschulwesens betr., so wie auch die Adresse der 1. Kammer ähnlichen Inhalts u. s. w. zugewiesen worden — von dem Abg. Winter v. H. erstatteten Bericht. Der Bericht betrachtet das natürliche Grundverhältniß der Volksschule zur Gemeinde, zur Kirche und zum Staat; der Geist, welcher die Kommission bei Betrachtung dieses wichtigen Gegenstandes befeelt, geht aus der Devise hervor, welche sie in Platos Worten an die Spitze ihrer Arbeit gestellt: „Derjenige, welchem die Oberaufsicht auf die Erziehung der Jugend anvertraut wird, und diejenigen, welche ihn erwählen, sollen denken, daß unter allen Stellen im Staate diese ohne alle Vergleichung die vornehmsten sind.“

Im Allgemeinen sprechen die Abg. Seltzam, Wegel II. und Magg, ersterer unter Anderm: „Mit der freien Entwicklung des Staatsorganismus steht allerdings die kräftigere intellektuelle und moralische Ausbildung der Staatsbürger in der innigsten Wechselwirkung; und damit tritt denn auch die hohe Bedeutung der Volksschulen nothwendig immer entschiedener hervor. Der Staat müßte selbst seine eigenste und schönste Grundlage verkennen, könnten ihm gerade die ursprünglichsten und ersten Bildungselemente gleichgiltig sein. Mit seinen auch noch so vorzüglichen Rechten, und andern Institutionen bliebe er doch wohl nur kaum auf halbem Wege stehen. In auch die Rechtsficherung die negative Hauptbedingung des Staatslebens: Die Bildung zur Freiheit, Humanität und Religion wird immer vorzugeweise das wahre Positive, das in den höhern Organismus unzertrennlich Verwebte — den Kern und Gehalt des Lebens selbst — in sich schließen. Das Elementarmittel dazu bieten aber ohne Zweifel die Volksschulen. Was ihre Aufgabe fördert, fördert also nothwendig auch die Hauptsache! Vorläu,

fig nehme ich gleichfalls an, daß durch die so umfassenden Vorschläge der verehrlichen Kommission, sind sie auch vielleicht da und dort noch einer Modifikation empfänglich, dazu im Ganzen ein wahrer Riesenschritt gethan ist. Die Spezialdiskussion wird darüber das Nähere ergeben. Zu dem von dem Hrn. Berichterstatter so treffend zitierten Vater Plato lassen Sie mich einen Augenblick auch nun noch den alten Freund Cicero gesellen! Wie oft und schwer ist schon sein:

Oderunt Dii, quem magistrum fecere,
(Die Götter hassen, wen sie zum Lehrer bestimmten)
auf manches Gemüth gefallen? Möge dem guten Geiste heute die Freude der Ueberzeugung werden, daß — wenigstens bei uns — jener alte Haß einer ernstlichen Versöhnung sehr nahe sei!

Es geht hierauf die Diskussion auf die einzelnen Anträge des Kommissionsberichts über, welche wir den Debatten jedesmal vorausschicken werden:

a. „Seine königliche Hoheit den Großherzog um gnädigste Vorlage eines Gesetzes zu bitten, worin ausgesprochen werden möchte: a. Daß alle Lyzeen, Gymnasien, Pädagogien, Seminarien und alle Schulen Staatsanstalten seien.“

Nach einer kurzen Debatte, woran außer dem Regierungskommissär Geh. Rath v. Weiser die Abg. Magg, Winter v. H., v. Escheppe, Welcker und Wegel II. Theil genommen, wird der Antrag, mit dem durch letztere beide vorgeschlagenen Amendement, daß beigelegt werde „öffentliche Schulen“ angenommen.

b. „Daß alle wissenschaftlich gebildeten, examinirten höheren Lehrer, welche noch nicht Staatsdiener sind, und alle pädagogisch gebildeten und geprüften Schullehrer, sobald diese nämlich vorher ein hierzu noch besonders anzuordnendes, ihrem Lehrfach angemessenes Examen vor der angetragenen Oberschulbehörde werden gut bestanden haben, Staatsdiener sein sollen, und zwar nach Ablauf von 5 Jahren ihrer Dienstzeit unwiderruflich, so daß sie alsdann erst die von dieser Eigenschaft unzertrennlichen Rechte und Pflichten hätten.“

Hierüber entspinnt sich eine lebhaftere Diskussion, woran hauptsächlich die Abg. Buhl, Fecht, Seltzam, v. Escheppe, Welcker, Wegel II., Knapp, v. Rotteck, Magg, Martin, Körner, Mittermaier, Rindeschwender, Posselt, Utschbach, Wegel I. und Winter v. H., letzterer den Antrag der Kommission gegen Angriffe verteidigend, Theil genommen, und wobei verschiedene Amendements und Sousamendements gestellt, begründet und bekämpft werden. Der Abg. Knapp äußert dabei: Er habe im Allgemeinen nichts dabei zu erinnern, daß man auf die Schullehrer allen möglichen Bedacht nehme; es sei aber schädlich, Jemand einen Titel zu geben, ohne die dazu passenden Mittel; woher aber wolle man die Mittel nehmen? Dann sei zu bedenken, daß der Schullehrer zum Staatsdiener erhoben, dem Pfarrer im Rang vorgeht — (eine starke Stimme: Durchaus nicht!) es ist doch so (dieselbe Stimme: Lesen Sie das Die-

neredikt!); der Pfarrer will ja nicht Staatsdiener sein! — Die Frau des Schulmeisters, nunmehr Frau Staatsdienerin, und die Fräulein Tochter werden die Kartoffeln nicht mehr hacken wollen. (Aussagen in verschiedener Richtung.) Ja, meine Herrn, erheben Sie diese Leute im Rang, und geben Sie ihnen nicht verhältnißmäßiges Einkommen, so machen Sie sie unglücklicher, als sie jetzt in ihrer Armuth sind. (Stimmen: Es liegt etwas darin!) — Mehrere Abgeordnete, namentlich Rindeschwender, darauf aufmerksam machend, daß es sich um ein Verfassungsgesetz handelt, wozu zwei Drittel der Stimmen erforderlich sind, dann Martin, welcher glaubt, daß man, sobald die Pensionen des Dienerechts winken, keine rüstigen Lehrer von mehr als 70 Jahren in den Schulstuben sehen werde, wie Abg. Wegel II. bemerkt, und welcher wahrgenommen haben will, daß die Schulen der hochstudirten Lehrer nicht am besten bestellt seien (richtig!), ferner Abg. Körner, dem vor der großen Zahl neuer Staatsdiener schaudert, endlich Abg. Mittermaier, welcher fürchtet, Hochmuth und Luxus komme in eine Klasse von achtbaren Bürgern, welche bisher glücklich gelebt — huldigen im Wesentlichen der Ansicht des Abg. Knapp, Andere aber, am kräftigsten der Abg. Fecht, bestreiten sie. Dieser verlangt für die Lehrer nicht nur die Ehre, sondern auch den Nutzen der Staatsdieneigenschaft, er sieht im Lehrer den Freund des Pfarrers, befürchtet daher keinen Rangstreit, und meint, auch vornehme Leute könne man in der Erde arbeiten sehen. (Knapp: Ja! zum Vergnügen!) Man beklage sich hier und da über Unstlichkeit des Lehrers, ja die Verzweiflung führe sie ins Wirthshaus! Es liege eine Petition vor, wornach 3 Schullehrer an einem Stück Brod nagen! (Allgemeines Staunen.) Er stimmt für die Kommission mit einigen Modifikationen.

Im Allgemeinen sprach sich die Absicht aus, die Lehrer auf die nach ihrem wichtigen Beruf ihnen gebührende Stufe zu heben, allein die unbedingte Anwendung der Dienerpragmatik schien bedenklich und gefährlich. Darum ward bei der Abstimmung der Kommissionsantrag verworfen, dagegen jener des Abg. Seltzam mit großer Majorität angenommen, welcher lautet: „Alle pädagogisch gebildeten und geprüften Schullehrer u. sollen Staatsdiener sein, mit einer dem bestehenden Staatsdieneredikt analogen, und den besondern Verhältnissen der Schullehrer angemessenen Pragmatik.“

Wir kommen nachträglich auf einen durch den Abg. Buhl im Laufe der Debatten angeregten Inzidentpunkt. Dieser Abgeordnete, indem er sich über die beabsichtigte Ausdehnung der Dienerpragmatik bedenklich äußert, bemerkt: Alle Staatsbürger seien Staatsdiener, so gut wie die Angestellten, denn alle tragen gemeinschaftlich zur Beförderung des Staatszwecks, allgemeiner Wohlfahrt, bei, demnach sei schwer zu begreifen, warum Einzelne, vor den Andern den Vorzug genießen sollen, daß sie, wenn sie nicht mehr dienen können, und ihre Wittwen und Kinder, Unterstützung aus Staatsmitteln erhalten. Mehrere Deputirte suchen diese Ansicht zu widerlegen, unter Andern

Abg. Fecht: Der Staatsdiener opfere gewöhnlich den größten Theil oder sein ganzes Vermögen zur Ausbildung auf, bis er zum Staatsdienst gelange (sehr wahr!), auch fordere es weniger sein Wohl, als das öffentliche, daß seine Familie vor Noth gesichert sei, wie bei anderer Gelegenheit schon gezeigt worden. Abg. Wegel II.: Die Wittve des Gewerbs, oder Landmanns könne nach dem Tode des Mannes das Geschäft fortführen, und für den Nahrungsstand der Familie sorgen, jene des Staatsdieners nicht. Abg. v. Rottek: Der vieleährige treue Diener des Kaufherrn, des Gewerbs, oder Landmanns werde im Alter nicht hinausgestoßen, sondern von dem, dessen Geschäft er redlich besorgt, vor Mangel und Elend geschützt; solle der Staat gegen seine treuen Diener und deren Relikten weniger dankbar sein? Er bemerkt dabei, der Abg. Winter habe sich durch den Bericht ein vortreffliches Monument seiner bürgerfreundlichen Gesinnungen und seines ächten Sinnes für alles Gute und Schöne gesetzt. Abg. Magg: Der Staatsdiener kann sich kein Vermögen sammeln durch Spekulationen und Gewerbsthätigkeit, wie der Gewerbsmann (richtig!), darum muß man durch Pension und Wittvengeld für ihn und seine Familie sorgen.

Nachdem der Präsident die Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Abg. Winter v. H. auf morgen angekündigt, bestieg Staatsrath Winter die Tribune, und legt mit der Begründung vor: Mehrere zur ständischen Verathung reklamierte Artikel der Gendarmerieordnung. Druck und Vertheilung. — Der Präsident zeigt noch den Urlaub der Abg. Gerbel, Speierer und Herr an, und schließt gegen 2 Uhr die Sitzung.

Frankreich.

Paris, den 17. Nov. Der Moniteur enthält folgende Nachrichten: „Ein gestern Abend auf dem auswärtigen Ministerium aus London angekommener Kurier hat einen am 15. Nov. zwischen Frankreich, England, Desterreich, Preussen und Rußland auf der einen Seite, und dem König Leopold auf der andern unterzeichneten Vertrag hieher gebracht. Dieser Vertrag enthält die Belgien und Holland vorgeschlagenen 24 Artikel, und fügt ihnen 3 neue, 25, 26 und 27, bei. Art. 25 stellt die Beseitigung aller vorgehenden Artikel unter die Bürgschaft Frankreichs, Englands, Desterreichs, Preussens und Rußlands. Art. 26 bestimmt, daß Frieden und Freundschaft bestehen soll auf ewige Zeit zwischen S. M. dem König der Franzosen, dem Kaiser von Desterreich, dem König von Großbritannien, dem König von Preussen und dem Kaiser aller Reussen auf der einen, und dem König der Belgier auf der andern Seite, ihren Erben und Nachfolgern, ihren gegenseitigen Staaten. Der 27. und letzte Artikel verordnet, daß binnen 2 Monaten oder noch früher, wenn es thunlich ist, der Vertrag genehmigt, und ausgewechselt werden solle.“

Der Temps meint, die Diplomaten der Londoner Konferenz hätten wohl mehr Sehnsucht nach Frieden, als ihre Fürsten.

Graf de la Tour-Dupin ist in Bordeaux, im Augenblicke, als er sich nach Spanien begeben wollte, wahrscheinlich wegen Verwicklung in eine Karlistenverschwörung verhaftet worden.

Es ist wieder von einer theilweisen Aenderung des Ministeriums die Rede: Hr. Barthe soll die kürzlich erledigte Präsidentenstelle am Kassationshof, und Hr. von Montalivet den Posten eines Intendanten der Zivilliste erhalten, jedoch erst nach Annahme des Gesetzes über die Pairie, über die Zivilliste und die Verbannung der ältern Linie der Bourbonen. Man scheint zu fühlen, daß das Ministerium noch nicht vollkommen der Ausdruck der Majorität ist, und man dürfte daher dieselbe durch die neue Besetzung jener beiden Posten mehr zu fixiren suchen.

Man schreibt aus Lille, den 15. Nov.: Die Nordarmee wird gegenwärtig auf der ganzen Linie auseinander gelegt; die Truppen verlassen ihre Kantonnirungen an der Gränze, um als Garnisonen in die festen Plätze zurückzukehren.

Deputirtenkammer vom 18. — Fortsetzung der Diskussion über den Vorschlag des H. v. Vricqueville. Zu Art. 4 werden noch einige Zusätze, und sodann Art. 5 und 6, ohne wesentliche Aenderungen nach den Kommissionsanträgen angenommen; sämmtlich beziehen sie sich auf den Verkauf der Güter, der, wenn er nicht freiwillig geschieht, vom Staate angeordnet wird. Art. 7 enthält die in der vorigen Sitzung bereits angenommene, die Aufhebung des Strafgesetzes gegen die Familie Bonaparte betreffende Bestimmung. Hr. Tavernier schlug als Art. 8 vor, ausdrücklich zu bestimmen, daß die durch das Gesetz ausgesprochene Verbannung als rein politisch nicht die gewöhnlichen durch das Strafgesetzbuch bestimmten Folgen habe. Er entwickelte den Vorschlag unter lauten Aeusserungen von Unzufriedenheit, und derselbe ward fast einstimmig verworfen. Das ganze Gesetz ward hierauf durch 251 gegen 69 Stimmen angenommen. — Der Gesetzentwurf zur Vertheilung eines Theils der Bankreserve von 9,974,398 Fr. unter die 67,900 Aktionäre ward mit 251 gegen 16 Stimmen von der Kammer genehmigt. — Hierauf begann die Diskussion über die Rechnungsnachweisungen vom Jahr 1829.

Großbritannien.

London, den 16. Nov. Der Courier sagt: Gestern Abend ward ein Vertrag zwischen den Bevollmächtigten aller 5 Mächte und denen von Belgien, der die 24 vom König der Belgier angenommenen Artikel in sich schließt, unterzeichnet. Hierdurch ist der Sache nach die schwierige und verwickelte Angelegenheit, welche in den letzten 12 Monaten alle Höfe Europas beschäftigte, und mehrmal einen allgemeinen Krieg drohte, beendet. Man kann sogar mit Wahrscheinlichkeit jetzt auf den Beitritt des Königs der Niederlande hoffen.

Dasselbe Blatt gibt die Anzahl der für die Reformbill gewonnenen Pairs auf 12, der verlorenen auf 2 — 3 an. Eine Pairernennung scheint daher notwendig, und es versichert, daß der König auch hierzu entschlossen sei.

Von Birmingham aus hat sich die Idee verbreitet, bis zur Parlamentsreform freiwillig keine Steuern mehr zu bezahlen. Hieran knüpft sich ein Verein, dessen Mitglieder sich verpflichten, keine Gegenstände, welche wegen rückständiger Abgaben versteigert werden, zu erkaufen.

Die Regierung hat wegen des Ausbruchs der Cholera eine Zentralsanitätsbehörde ernannt.

London, den 17. Nov. Noch ist hinsichtlich der festgenommenen Schiffe Don Pedro keine Entscheidung erfolgt. Die Werbungen für seine Rechnung sind eingestellt; doch glaubt der Courier, daß die Expedition verzögert, aber nicht verhindert werden könne, und binnen weniger als 3 Monaten, der Thron, den Don Miguels Schandthaten besaß, umgestürzt werde.

Hr. O'Connell fordert zu einem politischen Nationalverein auf zu folgenden Zwecken: Parlamentsreform, Erweiterung des Wahlrechts, gemeinsame Mitwirkung aller wohlgeantenen Bürger zu diesen Zwecken, Berteilung des Religionsbasses in Irland, Bewahrung der Gesetzgebung, Beförderung der Interessen der arbeitenden Klassen und Erwerbung einer eigenen Legislatur für Irland.

Vom 13. zum 14. kamen in Sunderland, nach den Benennungen der dortigen Aerzte vor, Fälle bössartiger Cholera 7, gewöhnlicher 4 und Durchfall 13; gestorben sind im Ganzen 4, genesen 8 — vom 14. zum 15. bössartige Cholera 3, gewöhnliche 7 und Durchfall 10; gestorben sind 5 Personen. Die Angaben sind übrigens nicht genau, weil die Aerzte in Sunderland, welche die Krankheit für die asiat. Cholera erklären, sich dem Unwillen des Pöbels aussetzen.

Belgien.

Brüssel, den 17. Nov. Die Vertheidigungsarbeiten in der Gegend von Diest werden schnell und vortreflich ausgeführt; Diest ist eine wirkliche Festung geworden.

Die Gazette von Gent sagt: Ein Befehl des franz. Ministers verordnet, daß man sich künftig in allen Lieferungen für die Truppen zur Verfertiigung der Bettücher, Beinkleider u. s. w. nur der Baumwolle bedienen soll. In Folge dieser Maaßregel hat Belgien Frankreich nichts mehr zu liefern. Die beträchtlichen Leinenankäufe auf unsern Märkten müssen dadurch wegfallen.

Holland.

Haag, den 16. Nov. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer der Generalstaaten wurden die im Komitee vom 11. d. im Namen des Königs durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten gemachten Mittheilungen vorgelesen und genehmiget.

Polen.

Warschau, den 13. Nov. Die hiesige allgemeine Zeitung enthält eine dringende Aufforderung zur Zurückgabe aller Papiere und Bücher, die, während der Epo-

che von Polens Freiheit, aus den vom Cesarewitsch und General Kuruta in Warschau hinterlassenen Effekten entwendet worden seien. Sie verspricht Belohnung für die Ablieferung, und droht im Fall der Verheimlichung mit Strafe.

Die Berl. Nachr. sagen: Es ist dem Bernehmen nach so eben ein Ukas Sr. Maj. des Kaisers von Rußland und Königs von Polen erschienen, welcher den Polen, mit einigen Ausnahmen, eine Amnestie verleiht.

Aus Kalisch wird gemeldet: In unserer Gegend fangen erst jetzt die schrecklichsten Folgen des Krieges an fühlbar zu werden; viele herrschaftliche Güter sind ganz verwüset.

Preussen.

Berlin, den 18. November. Gestern erkrankten dahier an der Cholera 12 Personen, 5 genasen und 6 starben.

Heute erkrankten 8 Personen, 3 genasen und 6 starben.

Aus den von der Cholera erreichten Provinzen der Monarchie sind bis zum 12. November in Berlin angemeldet:

Provinz.	aus Regie- rungsbezir- ken.	erkrankt.	gestorben.	genesen.
Preussen	4	20,563	12,231	7,418
Posen	2	10,542	6,037	3,631
Schlesien	3	2,045	1,191	594
Brandenburg	2	4,663	2,827	1,726
Sachsen	1	606	366	189
Pommern	2	1,393	847	488
Summa		39,812	23,493	14,046

Hierunter die Städte Berlin, Königsberg, Danzig, Posen, Breslau, Magdeburg und Stettin mit

8,411 5,269 2,797

Die deutsche (ehemals Stuttg.) allgemeine Zeitung berichtet aus Berlin den 15. Nov.: Unsere Regierung beillt sich, für die Polen sich zu verwenden. Auch wird den durch Preussen reisenden Polen nicht die mindeste Schwierigkeit in den Weg gelegt. Das franz. Ministerium läßt Jedem, der in Polen gedient hat, in Frankfurt a. d. Oder 100 Fr. und eben so viel in Dresden ausbezahlen.

Der schwab. Merkur sagt: Preussens Verhältnisse scheinen sich jetzt anders gestalten zu wollen; der Staatsminister von Bernstorff arbeitet wieder sehr thätig, und Ancillon neben ihm kann nur Gutes wirken.

Deßreich.

Die allgemeine Zeitung schreibt aus Wien den 16. November: Biewohl noch Viele der Meinung sind, daß bisherige Königreich Polen werde dem russ. Reiche, gleich Litthauen, Pobelken, Wolhynien, einverleibt werden, so scheint es doch, der Kaiser Nikolaus habe sich be-

reits gegen die andern Kabinette dahin erklärt, daß Polen abgefordert, und in dem Sinne regiert werden sollte, wie die bestehenden Verträge es erheischen. Noch sind russische Truppen in Krakau, und werden daselbst verweilen, bis die Ruhe gesichert ist. — Morgen kommen Se. Maj. der Kaiser und dessen allerhöchste Familie von Schönbrunn in die Stadt, um den Winter über die Hofburg zu bewohnen.

In Niederösterreich hat die Seuche sich bis 8. Okt. in 55 Ortschaften gezeigt, und daselbst 447 Personen befallen; davon sind 108 genesen und 296 gestorben.

Seit einigen Wochen kam ein in der Nähe des Schlosses Schönborn (drei Posten von hier, auf der Znaimer Straße) auf einem Acker befindliches Marienbild in den Ruf, daß Thränen aus dessen Augen liefen. Der Zulauf der Gläubigen war außerordentlich. (N. K.)

R u ß l a n d.

Petersburg, den 9. Nov. Am 6. des Morgens sind Se. Kais. Hoh. der Cefarewitsch und Thronfolger, Großfürst Alexander Nikolajewitsch nebst Gefolge, nach Moskau abgereist.

Hier sind vom 4. bis 7. Nov. 6 Personen erkrankt, 4 genesen und 5 gestorben.

B a i e r n.

München den 18. November. Heute wurde zu München der Kammer der Abgeordneten ein königliches Rescript mitgetheilt, wodurch die Ständeversammlung bis zum 18. Dez. verlängert wird, jedoch mit dem Vorbehalte, dieselbe früher zu schließen, wenn die noch zu beratenden Gegenstände früher erledigt werden sollten.

N a s s a u.

Der Nürnberg. Korresp. schreibt vom Main, den 15. Nov.: Im Widerspruch mit der Nachricht, daß die nassauischen Stände sich in der Domänenangelegenheit für das System der Regierung ausgesprochen hätten, wird nun in Privatbriefen behauptet, daß nach einer sehr lebhaften Debatte am verfloßenen Sonnabend beschlossen worden sei, den Staatsminister von Marschall in Anklagestand zu versetzen. Da die Verhandlungen nicht öffentlich sind, so fehlt es bis jetzt noch an zuverlässigen Mitteln, um zwischen diesen widersprechenden Nachrichten das Wahre herauszufinden.

H a n n o v e r.

Die allg. Ztg. enthält ein Schreiben von der hannoverschen Gränze, den 10. Nov., worin bemerkt wird, daß die kasselsche Regierung durch langwierige Quarantaine es den Polen unmöglich mache, sich über Kassel nach Frankreich zu begeben, und zur Widerlegung der Schmähungen deutscher Blätter über diese Verbannten gesagt wird: „Wer die polnischen Ausgewanderten, zum Theil höchsten Ranges, mit ehrenvollen Wunden bedeckt, heimathlos, zu Fuße, nach angestrengten Märschen, um dem preussischen Gebiete zu enteilen, hier, auf König Wilhelms gastfreiem Boden, anköm-

men sah; wer es gewahr wurde, wie sie, denen oft selbst die nöthigsten Mittel fehlten, um ihre Reise fortzusetzen, dennoch keine Klagen ausstießen, als um den Verlust ihres Vaterlandes; wer endlich die Selbstverläugnung erprobte, mit welcher dieselben Tapfern, auf welche Europa mit Bewunderung blickte, von ihren Thaten zu reden verschmähten — dem schlägt gewiß das Herz mit doppelter Zuneigung für ein so edles Volk. Möchte auch das enthusiastische Mitgefühl, welches sich, so lange die polnische Sache zu siegen schien, so laut aus allen Theilen Deutschlands unverhohlen äusserte, jetzt, nach dem verhängnißvollen Falle, nicht ganz erlöschen, sondern, wenn auch nur in der Stille des Herzens, sich frisch und warm erhalten!“

S t a a t s p a p i e r e.

Wien, den 16. Nov. 4prozent. Metalliques 75 $\frac{1}{2}$.
Bankaktien 1122.

Paris, den 18. Nov. 5prozent. 95 $\frac{1}{2}$, 00; 3prozent. 68, 30.

O e f f e n t l i c h e B e l o b u n g.

Dem Brigadier Stenz von der 4. Gendarmeriedivision, welcher nach Mittheilung des großherzogl. Landamts Karlsruhe und des Ortsgerichts zu Schröck durch ausgezeichnete Dienstleistungen sich namentlich bei dem in diesem Ort am 23. August d. J. stattgehabten hohen Wasserstande ausgezeichnet hat, wird zufolge hoher Ministerialverfügung vom 8. d. M., Nr. 12,317, die öffentliche Belobung ertheilt.

Karlsruhe, den 20. Nov. 1831.

Kommando
der großherzogl. bad. Gendarmerie.
v. Beust.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von: Ph. Madler.

A u s z u g a u s d e n K a r l s r u h e r W i t t e r u n g s - B e o b a c h t u n g e n.

21. Nov.	Barometer	Therm.	Hygr.	Wind.
M. 7 $\frac{1}{2}$	27 $\frac{3}{4}$. 10,7 L.	2,0 G.	65 G.	SW.
M. 1 $\frac{1}{2}$	27 $\frac{3}{4}$. 8,1 L.	5,7 G.	67 G.	SW.
N. 7 $\frac{1}{4}$	27 $\frac{3}{4}$. 9,2 L.	7,8 G.	72 G.	SW.

Trüb und regnerisch — Regen — trüb, regnerisch und stürmisch.

Psychrometrische Differenzen: 0.9 Gr. - 0.7 Gr. - 0.3 Gr.

G r o ß h e r z o g l i c h e s H o f t h e a t e r.

Donnerstag, den 23. November (mit allgemein aufge-

hobenem Abonnement): Die Hochzeit des Figaro. Oper in 2 Akten, nach den Italienischen, Musik von Mozart. Mlle Heinefetter, Susanne, zur letzten Gastrolle.

Sonntag, den 27. Nov.: Egmont, Trauerspiel in 5 Akten, von Göthe.

Erklärung.

Einige Individuen aus dem Amtsbezirke Wolfach, ließen sich zu dem Versuche verleiten, die von einem großen Theile der Wolfacher Amtseinwohner bei hoher Ständeversammlung eingereichte Beschwerde gegen den Bezirksamtmann Müller dadurch zu widerlegen, daß sie bei der hohen Kammer eine Beschwerde gegen die Schifferschaft in Wolfach und den dortigen Oberforstmeister von Laßberg, womit sie die Bitte um Belassung des Amtmann Müller verbanden, angeblich als Comittenten von 8000 Seelen vorlegten.

Wie es indessen bei Vertheidigung einer schlechten Sache zu gehen pflegt, so machten auch sie die Ihrige nur noch schlimmer; denn es ist bereits durch öffentliche Blätter unwiderlegt dargethan, daß nicht nur ihre Beschwerde gegen die Schifferschaft und den Herrn Oberforstmeister von Laßberg sehr frivol ist, sondern sie sich auch einer Lüge schuldig gemacht haben, und in der Person des Herrn Müller einen Beamten zu beschützen suchen, gegen den die aufgehäuften Akten bei hohen und höchsten Stellen nur klar aussprechen, daß die gegen ihn geführte Beschwerde gegründet, und es dringend notwendig sei, ihn an einem Orte zu entfernen, wo ihm weder Achtung noch Gehorsam mehr gezollt werden kann.

Daß sich dieses so verhält, wird das abschriftlich untenstehende Schreiben des Ortsgerichts in Rippolsau an das Bürgermeisteramt in Wolfach bestätigen, für dessen Richtigkeit Einsender dieses bürgt, und wodurch die Behauptung glaubbar gemacht sein wird, daß die in Nr. 287. und 288. der Karlsruher Zeitung angezeigte Eingaben an die hohe Kammer von solchen Personen, unter fälschlicher Angabe als Comittenten von 8000 Seelen, eingereicht wurde, deren eigenes Interesse sie verführt hat, für eine schlechte Sache zu intercediren.

Wolfach, den 9. November 1831.

Ab s c h r i f t. Großh. Bürgermeisteramt in Wolfach!

Aus unsern Staatszeitungen vom 16. und 17. dieses Nr. 287. u. 288. erfahren wir, daß der hohen II. Kammer von Einer, von 8000 Einwohnern, und später von 8000 Seelen des Amtes Wolfach bevollmächtigten Deputation eine Beschwerde gegen die Schifferschaft, und den Oberforstmeister v. Laßberg daselbst, mit Bitte den Amtmann Müller von da, auf seinem Dienstposten zu belassen, überreicht wurde.

Da nach unserm Wissen, das ganze Amt Wolfach nur aus 8000 und etlichen hundert Seelen besteht, so vermuthen wir, daß jene Deputation die Seelenzahl der

Gemeinde Rippolsau zu ihren Vollmächtsgebern miteinrechnete.

Aus diesem Grunde erklärt der hier unterzeichnete Gemeinderath:

- 1) daß die Gemeinde Rippolsau keine Veranlassung hat, sich weder gegen die Schifferschaft noch Herrn Oberforstmeister v. Laßberg zu beschweren;
- 2) daß es unserer Gemeinde gleichgültig ist, was eine hohe Regierung hinsichtlich der Veretzung des Beamten Müller verfügen wird, wenn nur etwas besseres nachkommt;
- 3) daß die Einwohner unserer Gemeinde durchaus nicht zu vorbemeldeten 8000 Seelen zu rechnen seien.

Diese Bemerkungen erlauben wir uns gegen jene Beschwerdenführungen Einem verehrlichen Bürgermeisteramt und Stadtrath mitzutheilen.

Mit aller Achtung u.

Rippolsau, den 21.

Okt. 1831.

Der Gemeinderath,
Bogt Schmidt.
Gemeinderathner Waidele.
B. Göhringer.
Johann Gutmann.
Athanas. Armbruster.

Karlsruhe. [Museum.] Nächsten Freitag, den 25. d. M., ist die 2te Abendunterhaltung im Museum. Anfang halb 6 Uhr.

Karlsruhe, den 21. Nov. 1831.

Die Museumskommission.

Literarische Anzeigen.

Neue prophetische Schrift:

Die räthselhafte Wunderzahl Sieben in den Offenbarungen der heiligen Schrift N. Testaments und die geheimnißvolle heilige Zahl Drei in den Offenbarungen des N. Testaments, nebst der Auflösung. Prophetische Andeutungen und merkwürdige Aufschlüsse enthaltend, geschöpft aus biblischen Quellen und ans Licht gestellt von Christinus Schlicht. 4 1/2 Bogen stark. Geheftet. Hanau, bei Friedrich König.

Preis 24 kr.

Der Verfasser, ein geborner Frankfurter, der seit 30 Jahren aus der reinen Quelle der Selbsterkenntniß schöpft, gibt in dieser merkwürdigen Schrift, sowohl in religiöser Beziehung, als besonders in der Entwicklung unsers Weltsystems und der Himmelskörper sehr interessante Andeutungen und Aufschlüsse. Der denkende Mensch und erleuchtete Christ wird bei Lesung derselben neue Wege der göttlichen Vorsehung, und des Weltgerichts entdecken, und in

Glaube, Liebe und Hoffnung für das bessere Jen-
seits sich gestärkt fühlen.

(Vorräthig in Karlsruhe bei G. Braun.)

Bei Hoffmann und Campe in Hamburg ist
so eben erschienen, und in allen Buchhandlungen
(in Karlsruhe, Heidelberg und Freiburg bei Ge-
brüder Bros) zu haben:

Zur Beruhigung für Jedermann bei Annäherung der
Cholera. Schreiben eines Familienvaters in St.
Petersburg an seinen Freund in Deutschland. Zum
Besten der Blindenanstalt in Hamburg. gr. 8.
Preis 5 fr.

Simon, jun., Dr. Fr. Alex., persönliche Vorsichts-
maassregeln gegen die Cholera morbus, nebst An-
gabe der nothwendigen, im Hause zu haltenden
Hilfsmittel u. Medicamente, und Anwendung der-
selben vor Ankunft des hinzugerufenen Arztes. Zu
Trost und Rath für Jedermann. Motto: »Der
Uebel aber schlimmstes ist — die Furcht.« gr. 8.
Preis 9 fr.

Unter der Anzahl der für das nichtärztliche Publikum be-
stimmten Schriften über die Cholera morbus nimmt vor-
stehende des bekannten Verfassers zuverlässig den ersten Platz
ein. Sie gibt, was sie verspricht, Trost und Rath, veru-
higt die Gemüther, und verbindet mit den zweckmäßigsten
diätetischen Vorschriften eine eben so zweckmäßige kleine
Hausapotheke und Anweisung zu deren verständigem Ge-
brauche für den Nothfall vor Ankunft des Arztes.

Karlsruhe [Anzeige.] Von dem als vorzüglich an-
erkanntem

chemischen Reinigungswasser,

um in einigen Minuten alte und beschmutzte goldene und ver-
goldete Gegenstände wie neu herzustellen, verfertigt von Hr.
Daumann, Gold- und Silberarbeiter in Straubing, habe
ich eine Niederlage, und verkaufe die halbe Maas in weißer
Glasflasche à 42 fr., den Schoppen à 24 fr.

Karl Benjamin Gehres,
lange Straße Nr. 201.

Karlsruhe. [Anzeige.] Die erste Sen-
dung frische Göttinger Würste und Fromage
de Brie ist eingetroffen bei

C. A. Fellmeth.

Karlsruhe. [Anzeige.] Beste engli-
sche Wallrathlichter in allen Größen à 2 fl.
pr Pfund sind zu haben bei

J. N. Spreng.

Karlsruhe. [Kommissgesuch.] In eine Spezerei-
und Eisenhandlung wird ein junger gesitteter Mann, der sich
mit guten Zeugnissen ausweisen kann, gesucht; der Eintritt kann
sogleich oder in einem Vierteljahr geschehen. Wo, sagt das Zei-
tungs-Komtoir gegen frankirte Briefe.

Karlsruhe. [Dienstgesuch.] Ein junger Mensch

der 3 Jahre bei einem Amte und 2 Jahre bei einem Amtdre-
sorate gearbeitet hat, und als Theilungsscribent resignirt ist, sucht
als Kommissär oder Aktuar sogleich unterzukommen. Näher
Auskunft gibt das Zeitungs-Komtoir.

Karlsruhe. [Logis.] In der Amalienstraße Nr. 49,
am Durchschnitt der Hirschgasse, ist im untern Stocke ein sehr
geräumiges, schön tapezirtes Zimmer mit zwei auf die Ama-
lienstraße gehenden Fenstern auf den 1. Dezember, mit oder oh-
ne Meubles, zu vermietzen.

Ettlingen. [Diebstahl.] Am 13. d. M., früh zwi-
schen 9 und 11 Uhr, wurden aus dem Hause des Ignaz Geiger
zu Salutenbach 47 fl. 40 kr. entwendet. Diese Summe be-
stand zum größten Theile aus Kronenthalern. Dabei befanden
sich vier 24 kr. Stücke, 1 Stück zu 100 kr. und ein Gulden an
6 kr. und 3 kr. Stücken.

Dieser Diebstahl ist höchstwahrscheinlich durch einen Knaben
aus Michelbach (Amte Bernsbach), Namens Egidius Bastian,
verübt worden.

Sämmliche Polizeibehörden werden ersucht, ihn, wenn er
sich sehen läßt, zu verhaften, ihm die noch vorhandene Vaar-
schaft abzunehmen, und solche mit ihm selbst hierher zu schicken.

Er ist ungefähr 12 — 13 Jahre alt, mißt beiläufig 3' 5",
hat hellblonde kurz geschnittene Haare, große blaue Augen, eine
sehr breite plattgedrückte Nase, eine breite Oberlippe, und im
Gesicht mehrere Sommerflecken.

Er zieht meistens auswärtis herum, und ist früher schon
mehrmal mittelst Schwabes in seine Heimath gebracht worden.

Ettlingen, den 17. Nov. 1831.

Großherzogliches Bezirksamt.

Keller.

Lörrach. [Fahndung.] In Bezug auf unsere letzte
Bekanntmachung vom 26. v. M., den am 4. v. M. in der Nä-
he hiesiger Stadt an dem Schustergeßellen Herrmann Bur-
hardt von Bollschweil verübten Straßenraub mit lebensgefähr-
licher Verwundung betreffend, machen wir nunmehr bekannt, daß
der früher schon signalisirte Straßenräuber Jakob Fischer, Wag-
nergeßelle aus Sietten, Oberamt Baden, Kantons Aargau, ge-
bürtig ist, und mit einem Wanderbuche reist, welches auf einen
alten Paß des Kantons Appenzell Inner-Rhoden ihm die Kan-
tonspolizeidirektion Schaffhausen am 15. Juli d. J. ausge-
stellt hat.

Wir ersuchen, auf ihn die Fahndung fortzusetzen.

Lörrach, den 17. Nov. 1831.

Großherzogliches Bezirksamt.

Deurer.

Mössbach. [Versuchter gewaltfamer Diebstahl.]
In der verfloßnen Nacht stiegen zwei Diebe mittelst Oeffnung
ines Stalladens in das Haus des Joseph Gimber zu Rit-
tersbach. Dieselben konnten ihr Vorhaben, hauptsächlich wegen
der Entschlossenheit der Hausfrau, nicht ausführen, durch wel-
che der eine Dieb an Ausführung der Flucht so lang gehindert
wurde, bis auch der Mann herbeikam. Nun drückte der Dieb
das bei sich geführte Pistol auf den Mann ab, verwundete den-
selben mit 17 Schroteln in den linken Schenkel, und bahnte sich
dadurch den Weg zur Fortsetzung der Flucht, die er auch wirk-
lich durch die inzwischen von dem andern Diebe geöffnete Haus-
thür bewerkstelligte.

Die Hausbewohner wissen wegen Dunkelheit der Nacht von den
Dieben keinen andern Bescheid zu machen, als daß selbe groß, und
mit blauen Wamsen, so wie mit gleichen Pantalons gekleidet gewe-
sen. Der Eine verlor durch das Ringen mit der ihn aufhalten-
den Frau seine Kappe, welche eine alte, abgetragene, eben mit
einem grautuchenen Boden versehene sogenannte Pudelskappe ist,
die ein zerrissenes Futter von grauer Leinwand hat, und immer
dahier eingesehen werden kann.

Bei der Gefährlichkeit dieser Diebe bringt man diesen Vorfall

mit der Bitte zur öffentlichen Kenntniß, alle zur Entdeckung dienende Notizen schleunigst mitzutheilen.

Rosbach, den 11. Nov. 1831.

Großherzogliches Bezirksamt.

Dreyer.

Gernsbach. [Fahndung.] Johann Benjamin Schlass von hier, gewesener französischer Sprachlehrer, welcher bereits wegen verschwenderischem Lebenswandel im zweiten Grade für mündtobt erklärt ist, hat sich am 12. v. M. wiederholt von hier entfernt. Derselbe soll sich jedoch, unverbürgten Nachrichten zufolge, theils in dem Bezirke des Großherz. Amtes Ettlingen, theils in dem des Kön. Würtemb. Oberamtsgerichts Neuenbürg herumtreiben, und sich dadurch, daß er sich bald für einen Scribenten, bald für einen Schrifverfasser ausgibt, auf unerlaubte Weise seinen Unterhalt zu verschaffen suchen.

Wir bitten daher, auf diesen Menschen fahnden und im Verretungsfall denselben anher einliefern zu lassen.

Gernsbach, den 5. Nov. 1831.

Großherzogl. Bezirksamt.

S. A. d. D. A.

Rehm.

Personbeschreibung.

Johann Benjamin Schlass ist beiläufig 58 Jahre alt, 5' 2" groß, hat graue Haare, dergleichen Wadenbart, graue Augen, große Nase, großen Mund, schlechte Zähne, rundes Kinn, eingefallene blasse Wangen, überhaupt ein altes abgelebtes Aussehen.

Bei seiner Entweichung trug derselbe eine grüne runde Kappe, eine Unterweste von grünem Merino, einen braunen, tüchtigen, ziemlich guten Ueberrock mit gelben Metallknöpfen, ein Paar braun und graugestreifte, abgetragene Sommerhosen und ein Paar neue s. g. Sumarowstiefel.

Besonders kennlich ist derselbe daran, daß er in der Truntheit den Pfälzer Dialekt und militärische Haltung affektiert.

Gernsbach. [Holzversteigerung.] Freitag, den 25. d. M., werden aus dem herrschaftlichen Gernsberg 164 1/2 Klafter tannen Scheit, und 230 1/2 " do. Prügelholz versteigert werden; wozu sich die Liebhaber früh halb 9 Uhr auf dem Schloß Eberstein einfinden können.

Gernsbach, den 17. Nov. 1831.

Großherzogliches Forstamt.

v. Kettner.

Offenburg. [Weinversteigerung.] Dienstag, den 29. dieses, Vormittags 9 Uhr, werden bei unterfertigter Verrechnung nachbenannte Weine öffentlich versteigert, als:

17 Ohm	1825r	Klingelberger,
15 "	1828r	do.
50 "	do.	weißer Bergwein,
20 "	1829r	rother,
100 "	do.	weißer Bergwein,
		so dann
45 "		Hefe.

Wozu man die Liebhaber einladet.

Offenburg, den 18. Nov. 1831.

St. A. Hospitalverwaltung.

Löffler.

Mahlberg. [Holzversteigerung.] Montag, den 28. d. M., und Dienstag darauf, werden in dem Mahlberger Obern-Gemeinsswalde

150 Stämme Tannen, welche sich als Holländerholz eignen, so wie auch an letztem Tag 12 eichene Säggelbe

mit dem Bemerken öffentlich versteigert, daß die Zahlung vor der Abfuhr zu geschehen, und das Fällen der Tannen der Eigener zu übernehmen hat.

Die Liebhaber wollen sich an gedachten Tagen, Morgens 9 Uhr, auf dem Platz einfinden.

Mahlberg, den 14. Nov. 1831.

Großherzogliches Oberforstamt.

v. Schilling.

Lahr. [Unterspandbucherneuerung.] Die Erneuerung der Unterspandbücher der Gemeinde Kürzell haben wir für nöthig gefunden und angeordnet. Es werden daher alle diejenigen, welche Pfandrechte auf Liegenschaften in der Gemarkung jener Gemeinde haben, aufgefordert, solche unter Vorlage ihrer desfallsigen Dokumente, in Ur- oder beglaubigter Abschrift,

den 28., 29. und 30. Nov. d. J.,

bei der Renovationskommission, in dem Aderwirthshause zu Kürzell, anzumelden.

Jedem Pfandgläubiger, welcher diese Anmeldefing versäumt, wird ausdrücklich bemerkt, daß zwar der im alten Pfandbuche bereits vorhandene und nicht gestrichene Eintrag gleichlautend in das neue Pfandbuch übergetragen werde, er sich aber diejenigen Nachtheile, welche aus der Nichtanmeldung entspringen könnten, selbst beizumessen habe.

Lahr, den 22. Okt. 1831.

Großherzogliches Oberamt.

Küttinger.

vd. Hoffmann,

Abtheilungskommissär.

Lahr. [Schulden-Liquidation.] Gegen die Verlassenschaft des ledig verst. Gg. Strampff von Hugsweiler ist Gant erkannt, und Tagfahrt zur Verhandlung über die Liquidität der Schulden und den Vorzug, dann die Bestellung und Besolohnung des Masseverwalters, auf

Donnerstag, den 1. Dez. d. J.,

Vormittags 8 Uhr, auf diesseitiger Oberamtskanzlei festgesetzt, wo alle diejenigen, welche Ansprüche an die Masse zu machen gedenken, bei Vermeidung des Ausschlusses ihre Forderungen und allenfallsigen Vorzugsrechte selbst, oder durch gehörig Bevollmächtigte, unter Vorlage der Beweisurkunden, anzumelden und zu begründen haben.

Lahr, den 25. Okt. 1831.

Großherzogliches Oberamt.

Küttinger.

Karlsruhe. [Kapital zu verleihen.] Bei der Stulzischen Stiftungsverrechnung für Schulseminaristen liegen 1300 bis 1500 fl. gegen Einlegung doppelter Unterspands und jährliche Verzinsung zu 4 1/2 pCt. zum Ausleihen parat. Diejenigen, welche solche aufzunehmen wünschen, haben sich bei dem Verrechner des bemeldeten Fonds, Kanzleirath Lepique, zu melden, und an denselben den Verlagschein abzuliefern.

Karlsruhe, den 18. Nov. 1831.

Durlach. [Aufforderung.] Auf dem Vorgebirg der guten Hoffnung starb am 16. Mai d. J. ein gewisser **Donnermacher**, 60 Jahre, 3 Monate und 5 Tage alt; derselbe war unverheirathet, in dem Großherzogthum Baden (ehemaligen Markgrafschaft Baden-Durlach) geboren, und hinterließ ein bedeutendes Vermögen. Die etwa vorhandenen Verwandten derselben werden hiermit aufgefordert, sich bei dem Unterzeichneten zu melden, welcher Gelegenheit hat, nähern Ausschluß verschaffen zu können.

Durlach, den 12. Nov. 1831.

Bürl, Apotheker.